

### Inhaltsverzeichnis

#### 1. Konjunktur

- Produktion im September gesunken
- Erholung des Konsumklimas setzt sich fort
- Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe nimmt zu

#### 2. Unternehmen

- Monatliche Unternehmensinsolvenzen steigen weiter
- Auftragsmangel macht Unternehmen zu schaffen
- Mehr Unternehmen sehen ihre Existenz bedroht

#### 3. Politik

- ifo-Forscher fordern Stärkung des EU-Binnenmarkts
- Gründungen von 2021 auf 2022 gestiegen
- Ampel-Aus: Gesetzesvorhaben auf Eis

#### 1. Konjunktur

##### Produktion im September gesunken<sup>1</sup>

Im September 2024 verzeichnete die reale (preisbereinigte) Produktion im Produzierenden Gewerbe einen **Rückgang im Vergleich zum Vormonat**. Auch im Dreimonatsvergleich war ein negativer Trend zu beobachten. Besonders auffällig war die **negative Entwicklung im Vergleich zum Vorjahresmonat**. Die Zahlen für August 2024 zeigten noch einen Anstieg im Vergleich zum Juli.

In vielen Branchen des Produzierenden Gewerbes war die Entwicklung ebenfalls rückläufig, **insbesondere in der Automobilindustrie**, die nach einem starken Anstieg im Vormonat einen deutlichen Rückgang erlebte. Auch die **chemische Industrie trug negativ** zum

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (07.11.2024): [Produktion im September 2024: -2,5 % zum Vormonat](#).

Gesamtergebnis bei. Im Gegensatz dazu zeigte der **Maschinenbau eine positive Entwicklung**.

##### **Produktion im Verarbeitenden Gewerbe**

(saison- und kalenderbereinigt; 2015=100)



Quelle: Destatis (2024)

Die **Industrieproduktion ohne Energie- und Bau-gewerbe verzeichnete ebenfalls einen Rückgang**. Alle drei Hauptgruppen der Industrie – Investitionsgüter, Vorleistungsgüter und Konsumgüter – wiesen negative Veränderungen auf. Besonders betroffen waren die energieintensiven Industriezweige. Ihre Produktion sank aufgrund eines Rückgangs in der chemischen Industrie insgesamt. Auch **im Vergleich zum Vorjahr war die Produktion in den energieintensiven Bereichen rückläufig**.

##### Erholung des Konsumklimas setzt sich fort<sup>2</sup>

Im Oktober 2024 setzte die **Verbraucherstimmung in Deutschland ihre Erholung fort**. Sowohl die **Einkommenserwartungen als auch die Anschaffungsneigung verbesserten sich** zum zweiten Mal in Folge, während die **Sparneigung etwas zurückging**. Diese Entwicklungen führten zu einer Anhebung der Konsumklimaprognose für den Monat November auf den **höchsten Wert seit April 2022**. Trotz dieser positiven Tendenzen bleibt das Konsumklima auf **niedrigem Niveau**, da Verbraucher weiterhin von den wirtschaftlichen Folgen der Krise, gestiegenen Preisen und geopolitischen Spannungen beeinflusst werden.

<sup>2</sup> NIQ (29.10.2024): [Konsumklima klettert auf den höchsten Stand seit April 2022](#).

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW47 22.11.2024

### GfK-Konsumklimaindex



Quelle: Nürnberg Institut für Marktentscheidungen (2024)

Sinkende Inflationsraten und steigende Löhne führen zwar zu **realen Einkommenszuwächsen**, **dennoch bleibt die Kaufkraft vieler Verbraucher eingeschränkt**. Der Grund liegt darin, dass die Reallöhne sich bisher nicht vollständig erholt haben. Die **Preissteigerungen der letzten Jahre wirken weiterhin belastend**, was das Konsumklima trotz der aktuellen Verbesserung dämpft.

Gleichzeitig trüben **pessimistische Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung** das Gesamtbild. Die Konjunkturerwartungen sind erneut gesunken, was die Unsicherheit über die wirtschaftliche Lage widerspiegelt. Zwar zeigt die **Anschaffungsneigung den höchsten Wert seit März 2022**, doch verbleibt sie – ebenso wie die allgemeine Verbraucherstimmung – auf einem niedrigen Niveau, da **Unsicherheiten wie Arbeitslosigkeit und Unternehmensinsolvenzen** zusätzliche Belastungen darstellen.

### Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe nimmt zu<sup>3</sup>

Im September 2024 **stieg der preisbereinigte Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum August an**, lag jedoch **unter dem Niveau des Vorjahresmonats**. Der Zuwachs wurde maßgeblich durch wenige Großaufträge im Bereich Sonstiger Fahrzeugbau und durch

positive Entwicklungen bei der Herstellung elektrischer Ausrüstungen getragen. **Die Großaufträge gingen nur an einige wenige Unternehmen, was den weiter unten geschilderten hohen Anteil von Unternehmen erklärt, die nach wie vor unter Auftragsmangel leiden.**

Die offenen Aufträge nahmen sowohl im Inland als auch im Ausland leicht zu, wobei Investitions- und Konsumgüter stärkere Zuwächse verzeichneten als Vorleistungsgüter. **Der Anstieg des Auftragsbestands konzentrierte sich jedoch auf wenige Unternehmen, während viele Betriebe weiterhin unter Auftragsmangel leiden.** Diese Verteilung verdeutlicht, dass der Anstieg des Auftragsbestands nicht breit aufgestellt ist und den wirtschaftlichen Druck auf viele Unternehmen unverändert lässt.

Die **Reichweite des Auftragsbestands**, also die Zeitspanne, die Betriebe ohne neue Aufträge produzieren könnten, **blieb im September stabil**. Sie variierte zwischen 3,6 Monaten bei Konsumgütern und 9,9 Monaten bei Investitionsgütern. Trotz der positiven Entwicklung in wenigen Segmenten bleibt die Lage für viele Unternehmen angespannt.

## 2. Unternehmen

### Monatliche Unternehmensinsolvenzen steigen weiter<sup>4</sup>

Im Oktober 2024 **stieg die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften** in Deutschland deutlich an und erreichte mit 1.530 Fällen den **höchsten Oktoberwert seit 20 Jahren**. Im Vergleich zum Vormonat war dies ein erheblicher Anstieg, auch im Vergleich zum Vorjahr fielen die Zuwächse markant aus. Die aktuelle Zahl liegt zudem **deutlich über den durchschnittlichen Insolvenzzahlen der Jahre vor der Pandemie**.

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt (19.11.2024): [Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im September 2024: +1,6 % zum Vormonat](#).

<sup>4</sup> IWH Halle (07.11.2024): [IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten bricht im Oktober den nächsten Rekord](#).

### IWH-Insolvenztrend



Quelle: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2024)

Experten führen den Anstieg auf eine Kombination mehrerer Faktoren zurück, darunter eine anhaltende **wirtschaftliche Schwächephase, stark gestiegene Kosten für Löhne und Energie sowie strukturelle Anpassungen nach der Pandemie**. Während der Pandemie profitierten viele Unternehmen von staatlichen Hilfsprogrammen, die Insolvenzen verzögerten, sodass nun eine Welle von Nachholeffekten auftritt. Zudem belastet die **Zinswende die Verschuldung vieler Unternehmen, die in der Niedrigzinsphase noch mit günstigen Krediten überlebt** hatten.

Trotz der hohen Insolvenzzahlen blieb die Zahl der **betroffenen Arbeitsplätze vergleichsweise gering**. Dies wird auf das Fehlen größerer Insolvenzfälle im Oktober zurückgeführt, die in den Vormonaten noch einen größeren Einfluss auf den Arbeitsmarkt hatten. Die Frühindikatoren für Insolvenzen deuten darauf hin, dass die **Zahl der Insolvenzen in den nächsten Monaten etwas sinken könnte, jedoch weiterhin über den Werten vor der Pandemie** und die mit ihr einhergehenden Kostenschocks liegen wird.

### Auftragsmangel macht Unternehmen zu schaffen<sup>5</sup>

Die deutsche Wirtschaft leidet zunehmend unter einem Mangel an Aufträgen. Dies hemmt die konjunkturelle Entwicklung stark. Im Oktober gaben **41,5 Prozent der Unternehmen an, mit Auftragsmangel zu kämpfen**, was einen Anstieg gegenüber Juli darstellt. Dies ist der **höchste Wert seit der Finanzkrise von 2009**. Kaum eine Branche bleibt von diesem Trend verschont.

Insbesondere **in der Industrie berichtet fast jedes zweite Unternehmen** von fehlenden Aufträgen, vor allem die Kernbranchen wie der Maschinenbau sowie die Metall- und Elektroindustrie. Zwar gab es im September einen Anstieg der Auftragsbestände, jedoch sind diese noch **nicht ausreichend, um eine stabile wirtschaftliche Erholung zu gewährleisten**. Der Weg zu einer vollen Auftragslage bleibt lang und herausfordernd.

Auch der **Dienstleistungssektor ist betroffen, wenn auch in etwas geringerem Maße**. Der Transportsektor leidet besonders unter der **schwachen Industriekonjunktur, und viele Personalagenturen klagen über zu geringe Aufträge**. Auch in der Gastronomie und der Veranstaltungsbranche sind zahlreiche Unternehmen von einem Auftragsmangel betroffen. Dagegen sehen **Rechts- und Steuerberater sowie Wirtschaftsprüfer momentan eine hohe Nachfrage, bedingt durch bürokratische Anforderungen und regulatorischen Aufwand**.

### Mehr Unternehmen sehen ihre Existenz bedroht<sup>67</sup>

Die Existenzsorgen deutscher Unternehmen nehmen laut ifo-Institut zu, begleitet von einer steigenden Zahl an Insolvenzen. **Besonders betroffen sind das Verarbeitende Gewerbe und der Einzelhandel, wo Auftragsmangel, hohe Kosten und internationaler Wettbewerbsdruck** die wirtschaftliche Zukunft vieler Betriebe gefährden.

<sup>5</sup> ifo Institut (11.11.2024): [Auftragsmangel verschärft sich weiter](#).

<sup>6</sup> ifo Institut (15.11.2024): [Mehr Unternehmen sehen ihre Existenz bedroht](#).

<sup>7</sup> ifo Institut (18.11.2024): [Fast jeder fünfte Selbständige sieht wirtschaftliche Existenz in Gefahr](#).

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW47 22.11.2024

Während das Bauhauptgewerbe und der Dienstleistungssektor stabiler wirken, bleibt die Lage insgesamt angespannt.

Selbständige sind besonders stark betroffen und sehen ihre Existenz zunehmend bedroht, vor allem durch fehlende Aufträge und finanzielle Engpässe. **Das Geschäftsklima für Selbständige verschlechterte sich im Oktober weiter**, da die laufenden Geschäfte schlechter bewertet wurden, während die Erwartungen für die Zukunft nur leicht weniger pessimistisch ausfielen.

**Die Unsicherheit belastet nicht nur Selbständige, sondern auch kleinere Unternehmen**, die ebenfalls mit sinkenden Aufträgen und hohen Kosten kämpfen. Die Zurückhaltung von Großunternehmen bei der Auftragsvergabe verschärft die Situation weiter und sorgt für ein angespanntes wirtschaftliches Umfeld.

### 3. Politik

#### ifo-Forscher fordern Stärkung des EU-Binnenmarkts

Laut einer aktuellen Studie des ifo-Instituts und EconPol Europe könnte ein umfassender Ausbau des EU-Binnenmarktes für Dienstleistungen die Bruttowertschöpfung in Europa **dauerhaft um 2,3 Prozent oder 353 Milliarden Euro** erhöhen. Besonders Deutschland, Frankreich und Irland würden von einem Abbau der Handelsbarrieren profitieren. Der Bericht betont, dass eine **Reduzierung von Bürokratie und eine Harmonisierung der nationalen Regelungen dazu beitragen könnte, den Binnenmarkt zu stärken** und die EU für US-amerikanische Unternehmen attraktiver zu machen.

Die Berechnungen zeigen, dass bereits **ein Abbau der Barrieren um 10 Prozent zu einer Erhöhung der Bruttowertschöpfung in der EU um 0,5 Prozent führen könnte**, was einem Wert von 77 Milliarden Euro entspricht. Diese Effekte wären

langfristig, mit einer Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren. Insbesondere kleinere EU-Länder wie Luxemburg, Malta und Irland könnten besonders starke Zuwächse im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft verzeichnen.

#### **BVMW-Position**

Der BVMW **begrüßt die Forderung nach einer Stärkung des Binnenmarkts**, da ein besser integrierter Markt den Unternehmen des Mittelstands zugutekommen würde. Besonders der **Abbau von Bürokratie und die Angleichung von Vorschriften** sind zentrale Maßnahmen, um den Handel zu erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen in Europa zu erhöhen. Ein stärker integrierter Binnenmarkt würde nicht nur Großunternehmen zugutekommen, sondern auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen **neue Chancen für Expansion und Innovation** bieten.

#### Gründungen von 2021 auf 2022 gestiegen<sup>8</sup>

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland rund 252.000 Unternehmen neu gegründet, was einer **Gründungsrate von 8,0 Prozent** entspricht. Dies stellt einen leichten **Anstieg von 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr** dar. Trotz dieses Anstiegs übertraf die Zahl der Unternehmensschließungen mit insgesamt 274.000 den Wert der Neugründungen. Die **Schließungsrate lag damit bei 8,7 Prozent und war höher als die Gründungsrate**, was auf ein deutliches Ungleichgewicht zwischen Neugründungen und Unternehmensaufgaben hinweist.

Die **Zahl der Neugründungen nahm im Vergleich zu 2021 zwar zu**, aber die insgesamt **hohe Schließungsrate deutet darauf hin, dass Gründer in Deutschland nach wie vor mit erheblichen Hürden** zu kämpfen haben. Besonders auffällig ist der Anstieg der Schließungen, der auf strukturelle Herausforderungen und möglicherweise unzureichende Unterstützung für junge

<sup>8</sup> Statistisches Bundesamt (12.11.2024): [8,0 % der Unternehmen in Deutschland im Jahr 2022 waren Neugründungen](#).

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW47 22.11.2024

Unternehmen hinweist. Dies könnte auch darauf hinweisen, dass viele Unternehmen Schwierigkeiten haben, sich langfristig am Markt zu behaupten.

### BVMW-Position

Insbesondere die hohen Schließungen sind Anlass für Besorgnis und Ausdruck der **strukturellen Herausforderungen**, die Gründer in Deutschland nach wie vor überwinden müssen. Die **Kombination aus bürokratischen Hürden und hohen Steuern** erschwert den Gründungsprozess und das Überleben von Start-ups. Um das Gründerklima nachhaltig zu verbessern ist eine deutliche **Vereinfachung der bürokratischen Prozesse sowie steuerliche Entlastungen** erforderlich, um den Gründungsstandort Deutschland **wettbewerbsfähiger zu machen und langfristiges Wachstum zu fördern**.

### Ampel-Aus: Gesetzesvorhaben auf Eis<sup>9</sup>

Nach dem Ende der Ampel-Koalition strebt Bundeskanzler Olaf Scholz an, noch vor den Neuwahlen im Februar **einige zentrale wirtschaftliche Gesetzesvorhaben umzusetzen**. Dazu gehört ein umfassendes Gesetz mit Änderungen bei Erbschaftsregelungen und der Telekommunikationsüberwachung. Weitere geplante Maßnahmen betreffen den Abbau der kalten Progression, eine Wachstumsinitiative, die Reform des Bundesverfassungsgerichts, die europäische Asylpolitik und das Gebäudetyp-E-Gesetz.

**Einige wirtschaftspolitische Projekte bleiben jedoch ungewiss**. Dazu zählen das Deutschlandticket, die Erhöhung des Kindergeldes, Anpassungen beim Bürgergeld sowie der sogenannte "Bauturbo" zur Beschleunigung von Bauvorhaben. Diese Vorhaben stoßen insbesondere bei der FDP und der Union auf Widerstand, weshalb ihre **Verabschiedung vor den Neuwahlen unsicher** ist.

Mehrere bedeutende Reformvorhaben dürften hingegen **nicht mehr realisiert werden**. Dazu gehören das Rentenpaket II, der Nachtragshaushalt für 2024, die Einführung einer neuen Riester-Rente, Gesundheitsreformen und die Verlängerung der Mietpreisbremse. Der Zeitdruck und die politische Blockade durch die Opposition machen es **unwahrscheinlich, dass diese Projekte noch umgesetzt werden** können.

### BVMW-Position

Angesichts der aktuellen politischen Unsicherheit ist eine **zügige Einigung über wirtschaftliche Reformen für den Mittelstand von entscheidender Bedeutung**. Projekte wie der Abbau der kalten Progression, Investitionsanreize und der "Bauturbo" müssen dringend umgesetzt werden, um Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Wir appellieren an die politischen Akteure, **parteiübergreifend zu handeln und wirtschaftliche Stabilität in den Vordergrund zu stellen**.

Berlin, 22.11.2024

Gez.: Jasper Lücke [jasper.lueke@bvmw.de](mailto:jasper.lueke@bvmw.de)

Dr. Hans-Jürgen Völz [hans-juergen.voelz@bvmw.de](mailto:hans-juergen.voelz@bvmw.de)

---

<sup>9</sup> WELT (15.11.2024): [Welche Gesetze nach dem Ampel-Aus noch kommen könnten – und welche nicht](#).